

Theo Wolff

Ein Blick auf die heutige Lage der elässerdeutschen Sprachgemeinschaft

„Der Westen“, Beiheft 8
Gesellschaft der Freunde und Förderer der
Erwin von Steinbach-Stiftung
Filderstadt-Bernhausen
1985

Wenn ich, wie der Titel bereits verrät, Deutsch-Lothringen ausgeklammert habe, ist es nicht, weil mir das Schicksal der deutschen Sprachgemeinschaft dort gleichgültig ist, sondern weil ich Lothringen betreffend nicht in dem gleichen Maß über persönliche Erfahrung und die erforderlichen Daten verfüge wie über das Elsaß.

Kürzlich besuchte mich ein Freund aus der Bundesrepublik auf der Heimfahrt aus den Ferien im Elsaß. Er erklärte mir, er habe da und dort noch Kinder auf der Straße Mundart sprechen hören. Da sei es doch nicht so schlecht um die deutsche Sprache im Elsaß bestellt, wie deren Gralshüter seit Jahr und Tag zu unken pflegten. Es stimmt, daß der Gebrauch der elässerdeutschen Mundarten und die Kenntnis des Hochdeutschen noch nicht ganz verschwunden sind. Doch mit der Verallgemeinerung von punktuellen Eindrücken haben wir noch kein zuverlässiges Bild vom heutigen Stand der Dinge bei uns in sprachlicher Hinsicht. Da müssen wir schon etwas weiter ausholen.

Noch lieferbar: Beiheft 4: Die Dreihundertjahrfeier der Annexion der Reichsstadt Straßburg (30. September 1681 — 30. September 1981) herausgegeben von Eduard Haug und Dietrich Pfähler. 28 Seiten. (1981)

Beiheft 5: Eduard Haug: Erhielt die angestammte deutsche Sprache der Elässer und Deutschlothringer endlich die ihr gebührende Stellung? 12 Seiten. (1982)

Beiheft 6: Eduard Haug: Kulturelle Demokratie und Recht auf Verschiedenheit. Ändert der Pariser Zentralismus seine Haltung zu den sprachlichen Minderheiten in Frankreich? 15 Seiten. (1984)

Beiheft 7: Eduard Haug: Die Lage der Minderheiten in Westeuropa. Erste Anhörung europäischer Minderheiten vor einem Unterausschuß des Europarates in Straßburg. Mit einer Dokumentation der vier Stellungnahmen aus dem Elsaß und aus Lothringen.

Einige Zahlen und Feststellungen

Im vergangenen Herbst haben vier Lehrer des Faches „Sprache und Kultur der Region“ in offiziellem Auftrag an allen Kleinkinderschulen und Grundschulen des Oberelsaß eine Untersuchung durchgeführt, um festzustellen, wieviele Schüler die Mundart, also Elässerdeutsch, sprechen oder verstehen. Es handelt sich um die 3- bis 10-jährigen Kinder (*„Land un Sproch“*, 31 rue Oberlin, Straßburg, 1985/1, S. 19).

Von 65 507 Schülern sprechen und verstehen 8 608 Elässerdeutsch. Es gibt da noch rund 13 Prozent Dialektsprecher, also Angehörige der elässerdeutschen Sprachgemeinschaft in dieser Altersschicht der Bevölkerung. Von den 20 916 Kindern, die in Colmar, Mülhausen, Altkirch, Sennheim, Gebweiler, St. Louis und Thann die Kleinkinderschule und die Grundschule besuchen, sprechen 1 240 Elässerdeutsch. In St. Louis sind es 14 Prozent, in Colmar 7,6 Prozent, in Gebweiler 7,4 Prozent, in Altkirch 4,5 Prozent, in Sennheim 3,9 Prozent, in Thann 3,7 Prozent und in Mülhausen 3,6 Prozent.

Auf dem Land steht das Münsterthal mit 35,7 Prozent Mundartsprechenden an erster Stelle. Ihm folgen das Ried bei Colmar mit 21,6 Prozent, die Weingegend mit 18,5 Prozent, das Märschmünsterthal mit 16,2 Prozent, das Kaiserberger Tal mit 12 Prozent, das Gebweilertal mit 11,3 Prozent, die Hardt mit 10,5 Prozent. Am Schluß liegen das Thanner Tal mit 1,4 Prozent. So benützen „auf dem Land“ noch 7 368 Schüler auf 44 591 die angestammte Sprache. Also 16,5 Prozent.

Bei dieser Zählung wurden die Kinder in den von alters her frankophonen Gebieten und die Kinder zahlreicher Gastrbeiter und eingewandter Innerfranzosen mitgezählt. Wenn wir die Kinder der alteingesessenen Elässer Familien berücksichtigen, dürfte die Zahl der Mundartsprechenden im Oberelsaß schätzungsweise doch 20 Prozent erreichen.

Im Unterelsaß wurde die Untersuchung ein Jahr früher durchgeführt und kam auf 20 Prozent Mundartsprechender. Wenn wir hier das französischsprachige obere Breuchtal, die Gastrbeiter und Innerfranzosen ausklammern, dürften wir auf etwa 30 Prozent kommen. Insgesamt können wir für das ganze Elsaß nach offizieller Zählung mit 17 Prozent Mundartsprechender oder verstehender Kinder von 3 bis 10 Jahren rechnen.

© 1985 by Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung, Filderstadt-Bernhausen
Verantwortlich für den Inhalt: Eduard Haug und Dietrich Pfähler
Nachdruck gegen Übersendung von zwei Belegenexemplaren gestattet
Satz und Druck: Rötter Druck und Verlag GmbH, 8740 Bad Neustadt a. d. Saale
Printed in Germany 1985

nen. Diese Zahl erfordert ein Korrektiv. Nobelpreisträger Alfred Kastler erzählte während eines Vortrages in der „Aubette“ in Straßburg am 14. November 1971: Als er mit einem Freund durch's Oberelsaß reiste, fragte er in einem Dorf die herumstehenden Schulbuben auf Elsässerdeutsch nach dem Weg. Einer unter ihnen gab die gewünschte Auskunft auf Französisch. Beim Weiterfahren hörte der Physiker, wie der Bub zu seinen Kameraden sagte: „der meint, i ka ke Franzesch“.

Viele der mundartsprechenden Kinder schämen sich ihrer Muttersprache und bezeichnen sich als „frankophon“, weil sie tatsächlich geläufig Französisch sprechen. Durch eine bloße Umfrage bei den Lehrern kann man gar nicht mit Sicherheit in Erfahrung bringen, wer dialektophon ist und wer nicht. Man muß die Kinder sprachlich auf die Probe stellen. Ein Straßburger Lehrer meinte, nur Frankophone in seiner Klasse zu haben, da er nie etwas anderes als Französisch bei ihnen hörte, auch in der Pause. Das sagte er einmal morgens, als er in der Klasse erschien: „Setzt eich“ anstatt „assez vous“, $\frac{3}{4}$ der Klasse blieben stehen, $\frac{1}{4}$ setzte sich. Nun erst wußte er, wieviele Kinder die Mundart sprachen, oder wenigstens noch verstanden. Wenn wir dieses berücksichtigen, dürfen wir den prozentualen Anteil der Dialektophonien in der Schule doch etwas höher veranschlagen, als bei der offiziellen Untersuchung herauskam. Im Schickèle-Kreis rechnen wir mit etwa 25 Prozent Mundart sprechender oder verstehender Kinder von 3 bis 10 Jahren.

Auf einer anderen Ebene stellen wir fest, daß die größte regionale Tageszeitung, die „Dernières Nouvelles d'Alsace“ bei einer täglichen Auflage von 250000 Exemplaren 60000 zweisprachig herausgibt, also etwa ein Viertel. Zweisprachig heißt in diesem Falle, daß, abgesehen vom Sport und von den Anzeigen, der Text fast ganz in deutscher Sprache gedruckt ist.

Wir schließen aus den erhobenen Tatsachen, daß zur Zeit noch ein Viertel der Bevölkerung, also etwa 340000 Menschen am Deutschen als Kulturg rundlage hält und sich mindestens innerhalb der Familie als Teil der deutschen Sprachgemeinschaft benimmt. Natürlich ist die Zahl der Mundartsprecher in der Gesamtbevölkerung viel höher. Sie dürfte mindestens 2/3, wenn nicht 3/4 ausmachen. Aber der größte Teil unter ihnen sind „Überläufer“. Sie wollen nicht mehr zur deutschen, sondern zur französischen Sprachgemeinschaft gehören. Sie tun dies dadurch kund, daß sie ihre Muttersprache nicht an ihre Kinder weitergeben oder weitergegeben haben.

Wenn rund ein Viertel der Bevölkerung der übermächtigen Französisierungsslut bis jetzt noch widersteht, heißt das nicht, daß diese Leute auch durchweg deutsche Bücher lesen und deutsche Briefe schreiben können. Es heißt erst recht nicht, daß sich 340000 Menschen bei uns für die Wiedereinsetzung der deutschen Sprache als gleichberechtigt neben dem Französischen im öffentlichen Leben stark machen. Die seit dem letzten Krieg herangewachsene Jahrgänge — die Mehrheit der Bevölkerung — ist derart manipuliert worden, daß diejenigen ihrer Glieder, die in der Mundart aufgewachsen sind, darin leben und sich mühe los mit den rechtsrheinischen Nachbarn verständigen, weder wissen noch wahrhaben wollen, was sie de facto sind, nämlich Mitglieder der deutschen Sprachgemeinschaft. Die fortschreitende sprachliche Ver fremdung ist eine Folge der gelenkten psychologischen Ver fremdung.

Die Zahl der Leute, die das Monopol der französischen Sprache im gesamten öffentlichen Leben in Frage stellen, sind wenn es gut geht, ein paar Tausend auf 1,35 Millionen, Sprüchen, Kinderweisen, kleinen Theaterstück en.

lionen. An Pionieren, die den Kopf hinhalten für einen wesentlich verbesserten Stand des Deutschen in Standardform und Mundart in allen Sparten des Lebens, haben wir einige Durzzend, aber wir haben keinen an den Schalthebeln der Politik und Verwaltung. Dort scheinen — selbst wenn es Elsässer sind — nur solche Leute hinzukommen, bei denen sich die kulturelle französische Gehirnwäsche erfolgreich erwiesen hat.

Die derzeitige Haltung des Staates

Staatspräsident François Mitterrand hat bei einer Wahlversammlung in Lorient am 14. März 1981 erklärt: „C'est blesser un peuple au plus profond de lui-même, que de l'atteindre dans sa culture et sa langue, nous proclamons le droit à la différence.“ (Ein Volk in seiner Kultur und Sprache treffen, heißt es im Tiefsten seiner Eigenart verlieren. Wir erklären feierlich das Recht auf Verschiedenheit!) Demnach ist die sozialistische Regierung 1981 mit der Absicht angertreten, die nichtfranzösischen Kulturen und Sprachen im „Sedesek“ aus dem Kerker der Nichtachtung und Unterdrückung, in dem sie bisher dahinsiechten, zu befreien. Henri Giordan („*Democratie culturelle et Droit à la Culture*“ Verlag Documentations françaises Paris 1982), eine Art katalanischer Heimatrechtler, hat dann im Auftrag des Kulturministeriums eine 108-seitige „Bestandsaufnahme der Lage der nichtfranzösischen, alteingesessenen Volks- und Sprachgruppen ausgearbeitet, die in dem folgenden Schluß gipfelt: „Dans le cas spécifique de la France, compte tenu de l'abandon dans lequel les cultures minoritaires ont été laissées durant des siècles, il est recommandé très fermement d'appliquer à toutes les cultures minoritaires une compensation de réparation historique qui devra se traduire par des dispositions législatives, administratives et budgétaires“ (Angesichts der Vernachlässigung der Minderheitskulturen während Jahrhunderten durch den französischen Staat wird dringend empfohlen, diesen Kulturen gegenüber ein gesichtliches Wiedergutmachungsprinzip anzuwenden, das sich in Maßnahmen auf der Ebene des Gesetzes, der Verwaltung und der Finanzen ausdrücken muß). Die Ausdrucksweise beschönigt die Lage immer noch, indem dies das staatliche Verhalten gegenüber den Kulturen und Sprachen der nichtfranzösischen Volksgruppen nur als „abandon“, als Vernachlässigung bezeichnet. Aber es ist doch offiziell anerkannt, daß der Staat ihnen „réparation historique“, eine gesichtliche Wiedergutmachung, schuldig ist für das, was er an ihnen verbrochen hat.

Unsere Frage: Ist das tatsächlich ein Abrücken vom bisherigen Jakobinerkurs „Ein Staat, eine Sprache und damit basta“? Oder nicht?

Die Schule

Was schaut bisher für uns im Elsaß dabei heraus? Am 9. Juni 1982 hat Pierre Deyon, der neue Rektor der Straßburger Akademie, also der oberste Chef des Schulwesens im Elsaß, der selbst ganz ordentlich deutsch spricht, einen Rundbrief („*Land und Sproch*“ 1982/3, S. 5) an die Schulleiter veröffentlicht mit wohl tönen den Absichtserklärungen und folgenden Bestimmungen:

1. In der Kleinkinderschule kann die Mundart gebraucht werden, in Form von Liedern, Sprüchen, Kinderweisen, kleinen Theaterstücken.

2. In der Grundschule können in Fächern außer Französisch und Mathematik Hochdeutsch und die Mundart als Unterrichtssprache verwendet werden.
3. Lehrer dürfen nicht erst bei den 9-jährigen, sondern schon bei den 8-jährigen mit 2 ½ Wochenstunden Deutschunterricht beginnen.
4. In der Oberschule wird ab 11 Jahren ein bis zum Baccalaureat, also bis zum Abitur, laufendes und dort zu prüfendes Wahlfach mit 2 Wochenstunden eingeführt;
5. Die Kinder, die Deutsch in der Volksschule begonnen haben, können damit weitermachen. In der Oberschule ab 11 Jahren in der 6ème und bereits mit 12 Jahren in der 5ème mit einer Fremdsprache, also z. B. Englisch beginnen, anstatt erst mit 13 Jahren in der 4ème wie bisher.
6. Auch in der Berufsschule soll durchweg Deutschunterricht angeboten werden.
7. Später als Ergänzung zu diesen Bestimmungen: Die in der Ausbildung stehenden Grundschullehrerkandidaten müssen entweder Deutschunterricht oder Unterricht im Fach „Regionalkultur“ in französischer Sprache absolvieren.
- Wie steht es mit der Anwendung dieser Bestimmungen? Von einer Lehrerin meiner Gemeinde weiß ich, daß das Schulpersonal in pädagogischen Treffen tatsächlich angehalten wird, sie anzuwenden, daß die nötige Schulung und entsprechendes Schrifttum angeboten werden. Es liegt jetzt ein deutsches Liederheft für die Grundschule im Elsaß vor. Die vom Schickele-Kreis herausgegebenen „Liewe alte Kinderreimle“ von Anne Franck-Neumann und René Gerst wurden an alle Kleinkinderschulen im Oberelsaß ausgeteilt und vom Generalrat bezahlt. Der Generalrat gibt jährlich im Oberelsaß über 2 Mill. Franken aus für die Kosten, die der Schule durch diese neuen Bestimmungen für Deutsch-Unterricht und Regionalkultur entstehen. Man kann nicht sagen, daß die Schulverwaltung den Deutsch-Unterricht im Rahmen der bestehenden und neuen Regelungen sabotiert. Hier herrscht jetzt guter Wille, der sich wohltuend von früheren Zuständen abhebt.
- Die Lehrerin, die die Kleinkinderschule in meinem Dorf leitet, kann die Mundart nicht. Sie hat etwas Deutsch in der Schule gelernt, spricht aber nur Französisch. Sie kümmert sich nicht um die neuen Bestimmungen. Sie hat das nicht nötig. Sie führt die einklassige Kleinkinderschule nach wie vor ausschließlich in französischer Sprache. Die Lehrerin fordert Eltern von mittelmäßig begabten Kindern, die zuhause Elässer-deutsch sprechen, auf, mit ihnen Französisch zu sprechen, damit sie in der Schule besser mitkommen.
- Damit haben wir die Achillesferse des ganzen schönen Systems berührt: Die Freiwilligkeit für die Lehrer. Kein Grundschullehrer und keine Kleinkinderschullehrerin braucht Hochdeutsch oder die Mundart zu können. Und selbst wenn sie das eine oder andere oder beides halbwegs im Griff haben, sind sie nicht genötigt, davon in der Schule Gebrauch zu machen. Deutsch ist in keiner Form und auf keiner Unterrichtsstufe Pflichtfach für Lehrer oder Schüler. Wenn wir noch 1950 schreiben würden, wäre das nicht so schlimm. Damals konnten die allermeisten Lehrer und Lehrerinnen ordentlich Deutsch und die Kinder sprachen fast alle Mundart. Beide Partner hätten mit Selbstverständlichkeit derartige Möglichkeiten für den Gebrauch der deutschen Sprache in der Grundschule und im Kindergarten genützt. Die ganze sprachliche Ent-

wicklung im Elsaß wäre dann wohl etwas anders verlaufen. Aber heute, nach 40 Jahren intensiver Französierungspolitik auf allen Ebenen, sind weder die Lehrerschaft noch die Eltern in ihrer ganzen Mehrheit motiviert und ausgerüstet, um die neuen Bestimmungen auf bloßer Freiwilligkeitsbasis voll auszunützen.

Aus einer Untersuchung im Kreis Zabern (*„Land un Sproch“* 1983 / 2, S. 18) geht hervor, daß auf 35 Klassen von 9-jährigen keine das Programm des Buches „*Guten Tag Rolf*“ fertig durchgenommen hat. 18 Klassen haben zwei Drittel des Programmes absolviert, bei den 11-jährigen ist die Lage ähnlich. Die Zahl von 2 ½ Wochenstunden Deutschunterricht wird selten erreicht. Meistens sind es nur 2 Stunden, oft auch nur 1 ½, in manchen Klassen nur 1 Stunde. Und im Kreis Zabern sind die Verhältnisse noch günstig. Im Kreis Straßburg oder im Oberelsaß ist es gewiß nicht besser bestellt. Dabei findet in etwa 30 Prozent der Klassen überhaupt kein Deutschunterricht statt, weil kein Lehrer da ist, der ihm geben will oder kann. Im Kreis Zabern haben sich in der Grundschule nur 4 von 1600 Schülern vom Deutsch-Unterricht befreien lassen. Doch da, wo er überhaupt nicht stattfindet, denken die Eltern nicht daran, deswegen auf die Barrikaden zu steigen oder einen Schulstreik zu organisieren. Sie nehmen es gelassen oder gleichgültig hin. In einer meiner Nachbargemeinden hörte der Deutschunterricht auf, weil ein neuer Lehrer auf die Stelle kam. Die einheimischen Schülereltern dachten nicht daran, bei der Schulverwaltung zu reklamieren. Es waren zwei eingewanderte, innerfranzösische Familien, die dafür sorgten, daß wieder Deutsch unterrichtet wird.

Das neue Wahlfach Regionalkultur wurde im zu Ende gehenden Schuljahr in allen Oberschulen und Gymnasien von etwa 1 300 Schülern von rund 50000 belegt und von 250 am „Baccalaureat“ als Prüfungsfach präsentiert. Es steht in Konkurrenz zu einer Reihe anderer Wahlfächer, wie z. B. Verstärktes Deutsch, Verstärktes Englisch, Latein, Informatik, Maschinenschreiben usw.

In der Zwischenkriegszeit war Deutsch Pflichtfach mit 3 Wochenstunden ab 7 Jahren in der Grundschule. Dazu kamen 4 Stunden Religionsunterricht, der meistens auch in deutscher Sprache gegeben wurde. Eine entwurzelnde „Maternelle“ gab es nicht und die große Mehrheit der Kinder sprach Mundart. Trotz der zu begrüßenden neuen Öffnung des Staates für die Eigenart der nichtfranzösischen Volksgruppen und unbeschadet des guten Willens der Schulverwaltung sind wir noch weit entfernt von der Art der Pflege der deutschen Sprache in der Schule der Zwischenkriegszeit. Dabei haben die Vorkämpfer der Autonomisten die damalige Lösung auf Schulebene als völlig ungenügenden Kompromiß angesehen.

Nun genug über die Schule. Was hat sich außerhalb der Schule in den letzten drei Jahren getan?

Die Lage außerhalb der Schule

Das Gesetz von 1945, daß auch in den deutschsprachigen Zeitungen der Titel und die Sportnachrichten und insgesamt ¼ des Textes französisch sein müssen, ist aufgehoben worden. Was hat das aber noch für ein Gewicht in einer Zeit, wo ¾ der Bevölkerung eine ganz französische Tageszeitung einer solchen, die teilweise deutschen Text bietet, vorzieht? Wer auch die jüngeren Generationen erreichen will, muß französisch schreiben. Auch „*Land un Sproch*“, das Blatt des Schickele-Kreises und selbst ein echt auto-

nomistisches Blatt wie „Rot im Wiss“ können es sich nicht leisten, nur in deutscher Sprache zu erscheinen. Erstens hätten sie Mühe, immer die Autoren zu finden und zweitens würden sie nur die Generation über 50 Jahren ansprechen.

Erwa ein Dutzend Gemeinden haben, soweit ich informiert bin, etliche Straßen in ihren alten Vierteln mit zweisprachigen Straßenschildern versehen, darunter 10 Gemeinden in Französisch und Mundart und 2 in Französisch und Hochdeutsch. Die letzteren sind, wenn ich nicht irre, Sundhausen und Hirsingen.

Das allgemeine Klima hat sich gebessert. Es ist nicht mehr so antiregional wie früher. Man riskiert nicht mehr, als schlechter Patriot verfeindet zu werden, wenn man Mundart oder Hochdeutsch spricht.

Der Schickèle-Kreis ist zum Gesprächspartner des Generalrates und des Rektors aufgerückt und hat für seine Beteiligung an der Pariser Ausstellung der Minderheitssprachgruppen im Jahre 1984 einen Zuschuß von der Regierung bekommen. Der Präsident des Schickèle-Kreises ist Mitglied der akademischen Kommission für die regionalen Sprachen und Kulturen.

Aber eine Wiedereinsetzung der deutschen Sprache in ihre alten Rechte als Umgangssprache im öffentlichen Leben oder als Amtssprache neben dem Französischen hat bisher nicht stattgefunden. Hier bleibt alles bei der gesetzlichen und tatsächlichen Alleinherrschaft der französischen Sprache. Von einem Territorialrecht, vollends der nichtfranzösischen, geschichtlichen Sprache auf französischem Boden neben der Staatssprache in ihren angestammten Gebieten, so etwa wie für Basken und Katalanen in Spanien, ist vollends keine Rede.

Eine Zeit lang bestand der Schimmer einer Hoffnung in dieser Richtung. Eine Gruppe von sozialistischen Parlamentariern hat unter der Führung der Herren Destrade, Jospin und Le Penec am 17. Mai 1984 beim Präsidenten des „Assemblée Nationale“, der Abgeordnetenkammer, einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den nichtfranzösischen Sprachen in ihren Verbreitungsgebieten allerhand Rechte einräumt. Danach müßte man im Elsaß mit der deutschen Sprache in der Verwaltung, vor Gericht, bei der Polizei und auch sonst überall ankommen können. Die Beamten, müßten Deutsch lernen. Doch die Widerstände gegen diesen interessanten Text waren so stark, daß er der Kammer gar nicht zur Debatte vorgelegt, sondern zu den Akten gelegt wurde, wie fast alle seine Vorgänger.

Ein politischer Autonomiestatus der Regionen wurde von Präsident Mitterrand ausdrücklich abgelehnt. Die Öffnung des Staates für die Anliegen der regionalen Kulturen und Sprachen bedeutet leider noch keine Sprengung des verkursteten, ideologischen Panzers zentralistisch-jakobinischer Prägung, in dem sich nicht nur die Verwaltung, sondern auch das Bürgertum seit der Revolution von 1789 bequem eingerichtet haben.

Im Rundfunk ist sogar ein bedenklicher Rückschritt zu verzeichnen. Bis vor kurzem kamen auf 35 Wochenenden Sendezzeit des regionalen Radios 3 Stunden in Mundart auf Kurzwelle und 10 ½ Stunden Mundart mit ein wenig Hochdeutsch auf Mittelwelle. Es bleiben nun noch etwa 1 ½ Stunden Dialekt auf Kurzwelle und ebensoviel auf Mittelwelle, von insgesamt 126 wöchentlichen Sendestunden. Es sind weiter 5 Stunden auf Mittelwelle versprochen, desgleichen 6 ½ Stunden zweisprachige Infor-

mation auf Kurzwelle, d. h. viel Französisch mit etwas Mundart oder „Heckenwelsch“ durchsetzt, nach Belieben der Journalisten, die fast alle der französischen Sprachgemeinschaft angehören. Das ist ein massiver Abbau von Mundart und Hochdeutsch am Rundfunk. Es gab deswegen einen temperamentvollen Federkrieg im „Elsässer“ zwischen Weckmann, Philippus und dem Schickèle-Kreis einerseits und dem Direktor des regionalen Rundfunks, einem französisierten Elsässer, andererseits. Am 15. Juni 1985 fand eine vom Schickèle-Kreis organisierte Kundgebung vor dem Rundfunkgebäude in Straßburg am Hagenauer Platz statt.

Das Fernsehen bringt 2 ½ Stunden Mundart in der Woche und einen „Elsässer Owe“ von 1 ½ Stunden, das sind 4 von 18 Stunden Sendezeit. Hier ist das Verhältnis besser. Bleibt das Problem der Qualität der Sendungen. Darauf können wir hier nicht eingehen.

Private Initiativen

Im Mai 1984 richtete das „Komitee für den obligatorischen Unterricht der regionalen Sprache und Kultur“, bestehend aus den Herren Adrien Fink, Eug. Philippus, A. Weckmann, Ch. Stauffer, P. Klein, F. Schaffner, G. Martzloff, H. Wild, J. Keppi, dem Schickèle-Kreis und „*Unseri Gerachtigkeit*“, eine Bitschrift an alle Gewählten von Elsaß-Lothringen mit dem Ziel, deren Unterschrift zu gewinnen und die Bitschrift mitsamt den Unterschriften an den Staatspräsidenten und an den Unterrichtsminister zu richten. Der Hauptpunkt der Bitschrift ist die Forderung, daß der Staat dafür sorgt, daß Deutsch in allen Klassen vom Kindergarten bis zur Universität tatsächlich und in der gewünschten Qualität gegeben wird. Dies sollte durch die Einführung von Dialektveranstaltungen, der Verwendung der Mundart im Unterricht und durch Unterricht in Hochdeutsch ab 7 Jahren mit 3 Wochenstunden durchgesetzt werden. Dazu kommt die Forderung von Pflichtseminaren, die den Lehrern erlauben würden, diesen Unterricht erfolgreich durchzuführen. Mit anderen Worten: es soll kein Kandidat mehr als Grundschullehrer eingestellt werden, der nicht Deutsch kann.

Im Elsaß haben bis jetzt 5 von 7 Senatoren, alle 13 Abgeordneten, 66 Generalräte,

581 von 800 Bürgermeister, sowie 780 Persönlichkeiten der Wirtschaft, des sozialen

und kulturellen Lebens, die Bitschrift unterschrieben.

In Deutschlothringen haben sich 1 Senator, 4 Abgeordnete, 12 Generalräte, 155 Gemeinden angeschlossen. Es ist etwa die Hälfte der Gemeinden, darunter alle größeren einschließlich Saargemünd.

Ein Straßburger Abgeordneter hat dem Unterrichtsminister die Bitschrift samt den Unterrichtslisten überreicht. In seiner Antwort an den Abgeordneten schreibt Minister Chevenement „*Je conviens avec vous qu'il n'est pas possible d'envisager de rendre obligatoire un tel enseignement*“ (Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß es nicht möglich ist, die Umwandlung des Deutsch-Unterrichts in ein Pflichtfach in's Auge zu fassen . . .). *En ce qui concerne la demande de votre correspondant sur la formation des futurs instituteurs à l'enseignement de l'allemand, j'ai demandé au Recteur de l'Academie de Strasbourg d'être attentif à l'articulation entre les besoins en instituteurs ayant reçu cette formation et les possibilités offertes par les écoles normales.*“ (Das Gesuch ihres Korrespondenten über die Ausbildung der künftigen Lehrer den

Deutsch-Unterricht betreffend, habe ich den Rektor der Straßburger Akademie gebeten, seine Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die von den Lehrerseminaren angebotenen Möglichkeiten den Bedürfnissen am Lehrern, die für die Erteilung von Deutsch-Unterricht ausgebildet worden sind, entsprechen).

Das Unterrichtsministerium lehnt es ab, aus dem Wahlfach „Deutsch“ ein Pflichtfach zu machen, will aber dem Rektor ans Herz legen, daß so viele Lehrer für die Erteilung von Deutsch-Unterricht ausgebildet werden, wie tatsächlich gebraucht werden. Das Angebot solle Schritt halten mit der Nachfrage. Im Klartext heißt das, daß die gültigen neuen Bestimmungen für den Deutsch-Unterricht möglichst gewissenhaft angewendet werden sollen, aber ihr Rahmen nicht überschritten wird. Es ist eine elegante — echt französische — Ablehnung der Bittschrift.

Auf längere Sicht ist der Schwund der Mundart als Umgangssprache für den Bestand der elsässerdeutschen Sprachgemeinschaft noch dramatischer als die Schwäche und Lückenhaftigkeit des Deutsch-Unterrichtes. Dem tritt Charles Goldstein aus Schlettstadt entgegen mit seinem fast ganz in Mundart geschriebenen Blatt „D'Heimat“ und seiner über 2000 Mitglieder zählenden Träger- und Verteilerorganisation „Heimetsproph un Tradition“.

In Straßburg funktioniert jetzt eine Europaschule, wo von der Sixième ab, also bei den 11-jährigen, 4 Wochenstunden Deutsch, dazu eine Stunde Geschichte und eine Stunde Erdkunde im deutscher Sprache unterrichtet werden. In St. Louis bei Basel werden im der „Seconde“, als bei den 16-jährigen, 2 Wochenstunden Erdkunde in deutscher Sprache erteilt. In 3 Gymnasien oder Oberschulen des Unterlasses sind Bestrebungen im Gang, daß vom kommenden Herbst an auch Erdkunde und Geschichtsunterricht in deutscher Sprache unterrichtet werden. Das scheint vielleicht eine geringe Sache zu sein und nicht der Rede wert. Aber diejenigen, die einen persönlichen Einblick haben in die Verhältnisse, dürften ermessen, was das für eine Revolution bedeutet, wenn an der zentralistischen, französischen Staatschule, der Hochburg der Französisierung, Hochdeutsch als Unterrichtssprache in anderen Fächern als Deutsch gebraucht wird. Was da vorher an Palavoren notwendig ist um Widerstände in der Lehrerschaft zu überwinden, läßt sich nicht beschreiben. Es gibt nur ganz wenige Lehrer, die Hochdeutsch so beherrschen, daß sie in dieser Sprache ihr Fach unterrichten können.

In Colmar hat der Präsident des oberelsässischen Generalrates, Dr. Goetschy, einen Kurs für Beamte eingerichtet, in dem diese Hochdeutsch und Mundart lernen können. Er übt einen sanften Druck aus, damit sie dies auch tun. Etwa 30 Personen nehmen bis jetzt daran teil.

Schluß

Die erwähnten Tatbestände machen klar, daß die elsässerdeutsche Sprachgemeinschaft im Elsaß bereits auf einen Bruchteil ihres früheren Standes reduziert ist. Ist ihr Rest noch zu retten? Wir meinen ja! Genügt dafür die bestmögliche Anwendung der neuen Bestimmungen für den Deutschunterricht und den Unterricht der Regionalkultur in der Schule? Wir meinen nein!

Die Bewohnerungsschicht, die überkommenes Brauchtum einschließlich der Sprache am zähdesten weiterpflegt, sind die Bauern. Als die Landwirte noch den größten Teil

der Gesellschaft ausmachten, konnte die alteingesessene Sprachgemeinschaft weiterbestehen und sich einigermaßen erneuern trotz Nichtanerkennung durch den Staat. Das gilt auch für die anderen nichtfranzösischen Sprachgemeinschaften des Sechsseids, wie z.B. die Bretonen oder die Basken. Die seit dem Zweiten Weltkrieg eingetretene Wandlung der Bevölkerung in eine industrielle, pluralistische, aus Brauchtum und Bauerntum entwurzelte Gesellschaft, hat diese der verfremdenden Wirkung der Verwaltung, der sonstigen staatlichen Organe und der Massenmedien völlig ausgeliefert. Eine auf Duldung im Privatsektor beschränkte Sprachgemeinschaft kann nun nicht mehr bestehen. Sie ist zum Absterben verurteilt. Die eben beschriebenen Maßnahmen der französischen Regierung in den letzten drei Jahren zugunsten der Regionalsprachen und Kulturen ändern daran gar nichts. Mit Tee und Hustensirup kann man allenfalls eine Grippe oder Erkältung heilen, aber keine Lungentzündung. Da müssen Antibiotika her. Die bisherigen Bestimmungen für die Erhaltung der alteingesessenen, nichtfranzösischen Sprachgemeinschaften sind nur Tee und Sirup. Wie müssen die nötigen Antibiotika aussuchen?

Es wäre die Wiederherhebung der schwerkranken Sprachgemeinschaften ins öffentliche Recht. Straßenschilder und Geschäftstexte müßten im Elsaß überall auch in deutscher Sprache zu lesen sein. Alle Beamten, vom Polizisten bis zum Präfekten müßten Deutsch lernen. Schule und Universität müßten die deutsche Sprache im gleichen Maß nicht nur unterrichten, sondern als Unterrichtssprache verwenden, wie die französische. Die Kirchen müßten zur deutschen Sprache zurückkehren, wo sie sie aufgegeben haben. Die Massenmedien müßten mindestens zur Hälfte in deutscher Sprache arbeiten. Mit dieser Methode hat man in der Schweiz, in Schleswig-Holstein, in der Lausitz und anderswo viel kleineren und schwächeren Sprachgemeinschaften gerettet.

Ist es eine Utopie zu hoffen, daß auch einmal in Frankreich dergleichen geschehen wird? Wir meinen nein! Die französische Intelligenz ist bestürzt über den Einbruch des Anglo-Amerikanischen in die französische Sprache. Diese ist auf dem Weg bis zur Unkenntlichkeit verfeindet zu werden. In ihrem Kampf gegen die englische Wortflut hat die Regierung die zähen, alten, nichtfranzösischen Volks sprachen als Bundesgenossen angerufen. Diese können ihr diese Hilfe nur leisten, wenn sie als gleichberechtigte Partner des Französischen im öffentlichen Leben in ihren jeweiligen Gebieten anerkannt werden. Vielleicht ermannt sich die französische Gesellschaft und Regierung nach den ersten zaghaften Schritten auf dem Weg in diese Richtung weiterzubeharren.

Für die Pioniere der Erhaltung der historischen, nichtfranzösischen Sprachgemeinschaften im französischen Staat ist jetzt nicht die Stunde, den Kampf aufzugeben und die Flinte ins Korn zu werfen. Im Gegenteil: gerade jetzt gilt es, wachsam zu sein und die Stimme zu erheben, so gut sie können. Eine Sache ist erst verloren, wenn man sie aufgibt. In den letzten 10 Jahren sind manche psychologischen Hindernisse beseitigt und manche Vorurteile abgebaut worden. Es muß auf dem eingeschlagenen Weg weitergemacht werden.